Protokoll
Vorstandssitzung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
12.10.2017 (letzte Sitzung: 19.09.2017)

Ort	Arbeiterkammer Wien Konferenzsaal	
Beginn	12:05 Uhr 13:58 Uhr	
TeilnehmerInnen Vorstandsmitglieder:	Kaske Präs	
	Blauensteiner VP	
	Kniezanrek VP	
	Stein VP	
	Steinkellner VP	(entschuldigt)
	Anderl	
	Brantner	
	Fetik	(entschuldigt)
	Foglar	(entschuldigt)
	Ledwinka	
	Rudolph	(entschuldigt)
	Suchl	
	Teiber	(entschuldigt)
	Zweiler	(entschuldigt)
	Pöltl	
	Rasch	
	Rösch	
	Schütz	
	Paiha	
Beratend	Klein Dir	
	Aschauer-Nagl BL	
	Bröthaler BL	
	Kubitschek DirStv	
	Kündtner DirStv	(entschuldigt)
	Trenner BL	
Vom Büro	Fassler	
	Mitterlehner	
	Marcon (Betriebsrat)	(entschuldigt)
	Mulley (Protokoll)	
	Kallab (Betriebsrat)	(entschuldigt)
Zu TOP 2.1	Kludak	

Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 12.10.2017

1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19.09.2017

2 Beschlüsse

2.1 Budgetvoranschlag 2018
2.2 Tagesordnung für die 169. Vollversammlung am 25.10.2017
2.3 Änderungen in den Fachausschüssen

3 Berichte

3.1 Bericht des Präsidenten - Kaske

3.2 Bericht des Direktors – Klein

3.2.1 Aktueller Bericht

3.3 Beratung – Trenner

3.3.1 Strafrechtliche Verurteilung und Privatbeteiligtenzuspruch in einem durch die Arbeiterkammer Wien veranlassten Strafverfahren wegen Lohn- und Sozialbetrug
3.3.2 Aktueller Bericht

3.4 Bildung – Aschauer-Nagl

3.4.1 Die Berufsreifeprüfung feiert 20 Jahre
3.4.2 Zusätzliche Integrationsmittel auf Basis Chancen-Index
3.4.3 Angebote von „Arbeitswelt und Schule" für AHS und BHS
3.4.4 Studie zur sozialen Situation von Lehramtsstudierenden
3.4.5 S-Bahn Wien: Bessere Infos und mehr Takt
3.4.6 Neue Bike Sharing Systeme in Wien
3.4.7 Bankenrechner NEU
3.4.8 Mehr Konsumentenschutz fürs „Internet der Dinge"
3.4.9 Pressekonferenz zu Gruppenklagen
3.4.10 Aktueller Bericht

3.5 Information – Bröthaler

3.5.1 Ehrung von ArbeitsjubilarInnen
3.5.2 SOZAK-Praxisfall: Buchveröffentlichung und Buchpräsentation
3.5.3 Bildungsangebot für ArbeitnehmervertreterInnen von VÖGB und AK
3.5.4 Aus- und Weiterbildungsprogramm für Wiener Sicherheitsvertrauenspersonen (SVP)
3.5.5 ReferentInnen Akademie Programm 2018
3.5.6 ReferentInnen Akademie von AK und VÖGB für den österreichischen Staatspreis für Erwachsenenbildung
3.5.7 Podiumsdiskussion „Sozialstaat"
3.5.8 Aktueller Bericht

3.6 Soziales – Kundtner

3.6.1 Arbeitsmarktdaten – August 2017
3.6.2 Jugendliche ohne betriebliche Ausbildungsplätze – August 2017
3.6.3 Faktencheck Pensionen in den Wahlprogrammen→Tischvorlage
3.6.4 Wiedereinstiegsmonitoring 2017
3.6.5 Jens Netzwerkabend
3.6.6 Veranstaltung
3.6.7 Aktueller Bericht

3.7 Wirtschaft - Kubitschek
3.7.1 Die aktuelle WIFO-Prognose für Österreich
3.7.2 Mindestlohn-Studie WIFO
3.7.3 Vermögensschätzung durch die Johannes Kepler Univesität Linz (JKU Linz/JKU)
3.7.4 Vermögen nach Geschlecht
3.7.5 Arbeiterkammer in Korea
3.7.6 Aktueller Bericht

4 Allfälliges

Kaske begrüßt die SitzungsteilnehmerInnen und ersucht um Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss:
Die Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 12.10.2017 wird genehmigt.
➔ einstimmig angenommen

1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19.09.2017

Kaske ersucht um Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19.09.2017.

Beschluss:
Das Protokoll der Sitzung vom 19.09.2017 wird genehmigt.
➔ einstimmig angenommen

2 Beschlüsse

TOP 2.1 Budgetvoranschlag 2018

Klein erläutert wesentliche Punkte zum Voranschlag 2018. Zu den Erträgen informiert der Direktor, dass im Jahr 2018 mit Gesamterträgen von rd 124,4 Mio € zu rechnen ist. Bei den Einnahmen aus Kammerumlagen wird eine Steigerung um 5 % (109,5 Mio €) gegenüber dem Voranschlag 2017 erwartet. Dies ist einerseits auf das Beschäftigungswachstum zurückzuführen, andererseits wird damit einer Anregung des Kontrollausschusses entsprochen, die Balance zwischen vorsichtiger und realistischer Budgetierung eine Spur zu letzterer zu verschieben. Der Kostenbeitrag der Arbeiterkammern zur BAK-Geschäftsführung ist mit 9,7 Mio € um € 400.000 höher als im VA 2017 veranschlagt worden. Zu den Aufwendungen ist anzumerken, dass beim Personalaufwand um € 4,1 Mio (+ 6,3 %) höher budgetiert wurde. Dies trägt va dem Umstand Rechnung, dass für die Registrierung der Gesundheitsberufe ein erhöhter Personalbedarf (ca 20 – 25 Personen) erforderlich ist, wobei der Großteil des Bedarfs nur befristet gegeben sein wird. Auch für den Fall einer sonstigen Leistungserweiterung wäre damit ein gewisser Spielraum gegeben. Beim Sachaufwand erfolgt eine Erhöhung des Budgets um 1,5 Mio € (+ 4,5 %) gegenüber dem VA 2017, wobei um € 115.000 mehr bei der Registrierung der Gesundheitsberufe veranschlagt wurde. Ab 1.7.2018 werden rd 40.000 AK-Mitglieder in das neue Gesundheitsberufe-Register eingetragen. Dies ist ein sehr aufwändiger Prozess, der zB die Betreuung durch eine Consultingfirma benötigt. Unter dem Budgetpunkt Berufliche Aus- und Weiterbildung kommt es zu einer Budgeterhöhung um € 363.000. Diese betrifft insbesondere den Posten Instandhaltung des TGA-Gebäudes, nämlich die Vorsorge für einen allfälligen Bauwettbewerb. Klein informiert, dass die Investitionen für Gebäude (Anschaffung und/oder Herstellung von Gebäuden) unter „Investitionen" budgetiert sind. Demgegenüber werden die (laufende) Instandhaltung und die bei einer Sanierung anfallenden Verwaltungskosten (Wettbewerb, Ausschreibungen etc) im Aufwand des jeweiligen Bereichs bzw Kapitels budgetiert. Zur anstehenden größeren Sanierung der TGA informiert er, dass beide Gebäude (TGA alt und TGA neu) möglicherweise gemeinsam saniert werden müssen. Falls das schon nächstes Jahr schlagend werden sollte, ist für die Kosten des Wettbewerbs budgetär vorgesorgt. Unter dem Budgetpunkt Funktionäre- und Betriebsräteschulung kommt es zu einer Budgeterhöhung um € 290.000. Rund die Hälfte davon betrifft die Instandhaltung des BIZ – auch hier inkl eines allfälligen Wettbewerbs. Der Direktor informiert, dass bereits heuer im Sommer eine umfassende Sanierung im Außenbereich des BIZ (Dach, Fenster, Türen, Garageneinfahrten)

vorgenommen wurde. Im Jahr 2018 soll innen – im Hinblick auf Verbesserungen der Funktionalität als Bildungs- und Tagungszentrum - renoviert werden (ua Großer Saal). Die restliche Erhöhung ist insbesondere auf den neuen Gehaltsrefundierungsmodus (Gehaltsbestandteile über der Höchstbeitragsgrundlage, Zulagen, Überstunden etc) für SOZAK- und BRAK-Studierende zurückzuführen. Für die Bibliothek und Studienbücherei wurde das Budget um € 82.000 angehoben, da die digitalen Angebote (E-Journals, Datenbanken, E-Audiobooks) ausgebaut werden sollen. Unter dem Budgetposten Information, Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation wurde das Budget für die Medienarbeit um € 150.000 und für Marketing und Kommunikation um € 122.000 angehoben, um auf Angriffe auf die gesetzliche Interessenvertretung und Sozialpartnerschaft entsprechend reagieren zu können. Das Budget des Betriebs- und Verwaltungsaufwandes ist um 0,5 Mio € (+ 4,8 %) angehoben worden. Unter anderem sind hier die Umsetzung der Vorgaben durch die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), die Beratung und Konzeption in Sicherheitsfragen, der strategische Ausbau und die Erweiterung unserer Intranet Plattform, die Weiterentwicklung unserer Mitgliederverwaltung sowie die intensivere Nutzung der neuen Hausdruckerei geplant. Zu den Investitionen berichtet der Direktor, dass 6,9 Mio € für die Gebäude veranschlagt sind. 4,1 Mio € sind im BIZ für die Gebäudeinvestitionen im Zusammenhang mit der umfassenden, insbesondere multimedialen Funktionsverbesserung. Im Akzent sind leider die Hub-Podien kaputtgegangen. Im Jahr 2008 war bereits die elektrische Steuerung kaputt. Nun liegt es an der Mechanik. Auch die Züge von oben, die zB die Kulissen rauf bzw runter befördern, sind – auch hinsichtlich der Sicherheit - erneuerungsbedürftig. 2,1 Mio € sind für die sonstige Betriebsausstattung veranschlagt. Im BIZ sind im Hinblick auf die neue Funktionalität der Innenräume zB auch neue Tische (ausreichende Kabelauslässe usw) notwendig.

Paiha fragt nach den Refundierungen für die Absolventinnen und Absolventen der BRAK und SOZAK. **Klein** erklärt, dass nach einer ersten Tranche die Erfahrungen dieses Jahres gezeigt haben, dass eine weitere Aufstockung notwendig sein wird. **Schütz** erkundigt sich nach der Personalreserve von fünf MitarbeiterInnen im Zuge eventuell neuer Leistungen. **Klein** informiert, dass vorbehaltlich eines BAK-Beschlusses drei zusätzliche Leistungsschwerpunkte (Wohnrechtsberatung, Aus- und Weiterbildungsangebote für die Gesundheitsberufe und AK-Lotsen für Jugendliche durch den Bildungsdschungel) ventiliert wurden und dafür Vorsorge getroffen werden muss. **Rösch** erkundigt sich, ob das um 2005 modernisierte Equipment des AKzents schon wieder kaput ist, sodass es neu angeschafft werden muss. **Klein** verweist vor allem auf die Hebebühne und **Kaske** ergänzt mit dem Hinweis auf die sehr gute umfangreiche Bespielung des Theaters mit unterschiedlichen Produktionen auf Verschleißerscheinungen des Materials, für die budgetär zumindest Vorsorge getroffen werden muss. **Pöltl** erklärt für die Fraktion ÖAAB/FCG die für morgen angesetzten Verhandlungen des Kontrollausschusses über den Budgetvoranschlag abzuwarten und wird deshalb bei diesem Beschluss nicht mitstimmen.

Beschluss:
Der Vorstand beschließt den Budgetvoranschlag 2018 der Vollversammlung der AK Wien zur Beschlussfassung vorzulegen.
→mehrheitlich bei Stimmenthaltung von FCG/ÖAAB und Gegenstimmen von FA angenommen

TOP 2.2 Tagesordnung für die 169. Vollversammlung am 25.10.2017

Beschluss:
Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Tagesordnung für die 169. Vollversammlung am 25.10.2017:

1. **Eröffnung und Begrüßung**
2. **Angelobungen**
3. **Talk-Runde „Sozialstaat, soziale Sicherheit, Kammern mit gesetzlicher Mitgliedschaft – alles bald nur mehr Geschichte?“**
   - **Univ.Prof. em Dr. Walter Berka, Universität Salzburg**
   - **Mag. Christine Mayrhuber, WIFO**
   - **FH-Prof. MMag. Dr. Kathrin Stainer-Hämmerle, FH Kärnten**
4. **Bericht des Präsidenten**
5. **Anträge**
6. **Budgetvoranschlag für das Jahr 2018**
   Bericht des Direktors
   Bericht des Kontrollausschuss-Vorsitzenden
7. **Bericht des Kontrollausschusses**
8. **Änderung der Geschäftsordnung**
9. **Bericht des Direktors**
10. **Allfälliges**

→einstimmig angenommen

TOP 2.3 Änderungen in den Fachausschüssen

Beschluss:
Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Änderungen in den Ausschüssen:

Fachausschuss graphisches und papierverarbeitendes Gewerbe (GPA-DJP)

Mitglied neu	Mitglied ausgeschieden
Zirkelbach Martin	Laurent Ing. Thomas
	Ersatzmitglied ausgeschieden
	Trummer Jörg

→einstimmig angenommen

3 Berichte

3.1 Bericht des Präsidenten – Kaske

Kaske spannt in seinem Bericht einen Bogen von der internationalen über die europäische zur österreichischen und Wiener Ebene. Es gab in der letzten Zeit einige Umfragen und Rankings: So etwa eine über die reichsten Länder, in welcher Österreich den 20. Platz einnimmt. Allerdings ist der Reichtum in Österreich bekanntlich sehr ungleich verteilt. Darum kämpfen AK und ÖGB auch für mehr Verteilungsgerechtigkeit. In diesem und im Zusammenhang mit dem kommenden Weltspartag ist interessant zu bemerken, dass in Österreich 2/3 der Menschen ihre Ersparnisse zur Bank bringen, auch wenn es dort derzeit nur verwaltet wird und kaum Zinsen bringt. Auch bei den Privatanlegern ist die Risikoscheu relativ hoch. In einem Ranking des Weltwirtschaftsforums - somit aus Sicht von Managern - liegt Österreich auf Platz 18 von 137 Ländern. An der Spitze liegt die Schweiz, gefolgt von den Vereinigten Staaten, Singapur, Niederlanden und Deutschland. Gute Noten bekommt Österreich für die Infrastruktur, für die öffentliche Gesundheit, für Ausbildung, Technologie und Innovation. Weiters hat das Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln die Streikhäufigkeit in 22 OECD Ländern verglichen. Frankreich liegt an der Spitze, während es in der Slowakei und Japan fast keine Streiks gibt. Nachdem unterschieden wurde zwischen Streiks, die aus Arbeitnehmerinteressen stattfinden, und politischen Streiks liegen bei letzteren Griechenland, Spanien, Frankreich und Belgien an der Spitze. Eingehend auf die österreichische Ebene ist erfreulich anzumerken, dass nach der letzten WIFO-Prognose Österreich das höchste Wirtschaftswachstum seit 6 Jahren hat. Für 2017 wird ein Wachstum von 2,8 % prognostiziert. Dazu haben die AN-Interessenvertretungen durch die Steuerreform einen entscheidenden Beitrag mitgeleistet. Verbunden damit ist auch, dass die mittleren Bruttoeinkommen auf € 2520,-- gestiegen sind. Die ÖNB erwartet eine Inflationsrate für 2017 von 2 % und für 2018 1,7 %. Erfreulich ist, dass die Arbeitslosigkeit zurückgeht, eine Sorge ist und bleibt jedoch die Arbeitslosigkeit bei jenen die „50 plus" sind. Deshalb muss die Beschäftigungsaktion 20.000 über das Jahr 2019 hinaus fortgesetzt werden. Bezüglich der in den Medien nun diskutierten LSE-Studie über die Sozialversicherungen ist anzumerken, dass alle Menschen in Österreich unabhängig von Einkommen oder Lebenssituation die individuell bestmögliche Gesundheitsversorgung bekommen müssen. Das muss im Fokus der Betrachtung stehen und dass ist vom Sozialsystem langfristig in leistbarer Form anzubieten.

Bezüglich unserem Leitthema "leistbares Wohnen" hat die AK vor wenigen Tagen eine Online-Wohnumfrage gestartet, wie es den Mieterinnen und Mieter mit den Wohnkosten geht. Das Wegfallen der Mietvertragsgebühr – wie vom NR beschlossen - ist sicherlich nur ein erster Schritt. Die Anfangskosten bei der Wohnungssuche sind gerade vor allem für Junge enorm. Daher muss auch die Maklerprovision für Mieter weg und die Kaution gesenkt werden, ganz abgesehen von einem neuen, einfachen Mietrecht mit tauglichen Mietobergrenzen.

Zur medialen Debatte über das Pensionssystem ist einmal mehr anzumerken, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Stütz- und Grundpfeiler des Systems sind. Bei den Bauern und Selbständigen schaut es bekanntlich ein wenig anders aus. Selbst wenn man die unterschiedlichen Versichertenstrukturen in Rechnung stellt, verbleiben bei den Selbständigen um ein Vielfaches höhere Steuerfinanzierungsanteile als im ASVG.

Weiters berichtet **Kaske** von einer Tagung der Arbeitsinspektoren, die bekanntlich unter einem, Dauerbeschuss der Wirtschaft stehen. Selbstverständlich soll das Arbeitsinspektorat zuerst beraten, doch wenn der Arbeitgeber die Vorschläge nicht annimmt, muss bestraft werden. Die Arbeitsinspektion

hat sich in den letzten Jahrzehnten sehr verdient gemacht. Die Arbeitsunfälle sind zurückgegangen bzw. halten sich in einem überschaubaren Rahmen. Alarmierend sind jedoch die von der beruflichen Tätigkeit ausgehenden Krebserkrankungen. In Österreich sterben fünf Menschen pro Tag, somit sterben rund 1.800 Menschen jährlich an Krebs aufgrund der Auswirkungen des beruflichen Lebens. Deshalb sollte man darüber nachdenken, ob es nicht eine gesetzliche Verschärfung bzgl. der Grenzwerte krebserregender Stoffe braucht, denn diese sind seit langer langer Zeit unverändert geblieben.

Was die im Zuge des Wahlkampfes in die Diskussion gekommene Sozialpartnerschaft betrifft, betont der Präsident, dass sie zum einen Vorbildfunktion für andere Länder hat und zum anderen entscheidend für den sozialen Frieden in Österreich war und ist. In der AK-Vollversammlung am 25. Oktober wird darüber zu diskutieren sein. Und bezüglich der Hinweise auf eine sogenannte freiwillige Mitgliedschaft in den Arbeiterkammern erinnert **Kaske** abschließend an seinen Gastkommentar im Kurier vom 3. 10. 2017 ("Die Arbeiterkammer ist kein Autofahrerclub"): Die AK ist kein Pannendienst, wo es um eine Reifenpanne geht. Die Arbeiterkammern sind etwas ganz etwas anderes, nämlich Interessenvertretung aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unabhängig von Einkommen und Beitragsleistung. Denn auch für die AN, die keine AK-Umlage zahlen, weil sie arbeitslos, in Karenz oder prekär beschäftigt sind, ist die AK da! Gerade sie brauchen viel Beratung und eine Vertretung. Das geht nur dank einer solidarischen Mitgliedschaft.

Rösch sieht die Steuerreform, die mehr eine Steueranpassung war, positiv, da damit den Menschen mehr bleibt. Allerdings sieht er, dass der Mittelstand immer mehr an die untere Grenze rutscht. Die aktuelle Lohnforderung der PRO-GE sieht er sehr positiv und hofft, dass nicht nur die KV-Löhne, sondern auch die IST-Löhne eine entsprechende Erhöhung erfahren werden. **Kaske** freut sich über die Unterstützung aller Fraktionen für die Lohnverhandlungen.

3.2 Bericht des Direktors – Klein

Klein verweist auf seine Ausführungen unter TOP 2.1.

3.3 Beratung – Trenner

Trenner berichtet mit Verweis auf die schriftliche Unterlage über eine strafrechtliche Verurteilung und Privatbeteiligtenzuspruch in einem durch die Arbeiterkammer Wien veranlassten Strafverfahren wegen Lohn- und Sozialbetrug.

➔ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.4 Bildung – Aschauer-Nagl

Einleitend mach **Aschauer-Nagl** darauf aufmerksam, dass heuer die Berufsreifeprüfung (BRP) einen runden Geburtstag feiert. Sie wurde am 1. September 1997 eingeführt und war Idee und Konzept der Sozialpartner: Man wollte damit vor allem die duale Ausbildung aufwerten und man wollte weg von der damals so genannten „Bildungssackgasse Lehre". Die BRP rechnet eine bereits vorhandene Berufsausbildung – auf Ebene Lehrabschluss oder Fachschule - zum ersten Mal in diesem Ausmaß an, der Weg zur Matura wurde damit deutlich kürzer: denn früher musste man alle Fächer eines Gymnasiums oder einer berufsbildenden höheren Schule nachmachen. Im Rahmen der Gala zur Verleihung des Staatspreises für Erwachsenenbildung wird es am 16. November 2017 zu einer

Würdigung der BRP kommen. Für die AK ist wichtig, dass die öffentlichen Förderungen für die BRP in Zukunft noch weiter ausgebaut werden. Nach Auffassung der AK sollte man die BRP machen können, ohne dafür Gebühren zahlen zu müssen. Die Bereichsleiterin informiert weiters, dass aus Anlass der Flüchtlingsbewegungen nach Österreich seit Herbst 2015 von der Bundesregierung jährliche Sondertöpfe für Integrationsmaßnahmen bewilligt werden. Für das Schuljahr 2016/17 wurden aus dem „Sondertopf für Integration II" Mittel für Unterstützungsleistungen an österreichischen Schulen in Form von Personalressourcen zur Verfügung gestellt. Das seitens des Ministeriums verwendete Modell der Mittelverteilung orientierte sich im groben am AK Chancen-Index Modell, hat aber nicht alle seine Aspekte im Detail berücksichtigt. Dadurch wurde nicht in allen Bereichen die notwendige Treffsicherheit erreicht. Um eine nachhaltige Verbesserung zu erreichen, bedarf es einer generellen Umstellung der Ausstattung der Schulen auf Basis des AK Chancen-Index Modells. Des weiteren verweist **Aschauer-Nagl** auf die im Kontext des Jugendmarketings AK Young erweiterteten Angebotes von „Arbeitswelt und Schule" für die Allgemeinbildenden Höheren Schulen (AHS) und Berufsbildenden Höheren Schulen (BHS). Zur Information dient die schriftliche Unterlage über eine von der AK Wien beauftragte Sonderauswertung der Studierenden-Sozialerhebungen 2011 und 2015 über die soziale Lage von Lehramtsstudierenden. Im Zentrum steht ein Vergleich zwischen Lehramtsstudierenden an Universitäten und Pädagogischen Hochschulen (PH) anhand von sozioökonomischen Charakteristika. Aktuell merkt die Bereichsleiterin an, dass die kommende Bildungsmesse L!4 bereits nahezu ausgebucht ist.

Eingehend auf Kommunales berichtet **Aschauer-Nagl**, dass der erste Punkt des AK S-Bahn Forderungspakets von 2016 umgesetzt wurde: Wie von der AK gefordert, liefern nun die Wiener Linien und die ÖBB ein Infokonzept aus einem Guss. Nun gibt es auch endlich bessere Informationen für die Fahrgäste in den Wiener Öffis. Weiters macht die Bereichsleiterin auf die neuen Bike Sharing Systeme in Wien aufmerksam. Neben dem in Wien bewährten stationsgebundenen Leihrad-System „Citybike", gibt es nun weitere neue stationsungebundene Anbieter. In gelb/orange prägen die Räder bereits das Stadtbild. Die derzeit rund 1.000 neuen Leihräder können per Handy-App leicht ausgeliehen und überall zurückgegeben werden – fixe Stationen gibt es keine.

Konsumentenpolitisch verweist **Aschauer-Nagl** auf die schriftlich vorliegende Beschreibung des "AK-Bankenrechner NEU". Der AK Bankenrechner soll keine Werbeplattform sein, sondern den KonsumentInnen eine anbieterunabhängige Orientierungshilfe bei der Auswahl von Bankprodukten bieten. Im vergangenen Jahr wurden die Seiten des Vergleichsrechners fast 1,3 Millionen Mal (Pages: 1.272.876; Visits 226.344) aufgerufen.

Bekanntlich stellt das "Internet der Dinge" den nächsten Entwicklungsschritt des Internets dar. Alltagsgegenstände der realen Welt werden virtuell miteinander verbunden. „Smarte", „intelligente" Produkte, wie Autos, Kühlschränke, Heizungen, Puppen, Uhren, Zahnbürsten u.v.m. sind mit Sensoren ausgestattet, rund um die Uhr online und tauschen auch untereinander Informationen aus. Die Geräte sammeln permanent Betriebsinformationen und damit Verhaltensdaten über NutzerInnen. Die AK-KonsumentenschützerInnen haben - wie **Aschauer-Nagl** ausführt - die mit dem "Internet der Dinge" aufkommenden Probleme schon seit längerem im Auge und arbeiten an konkreten Vorschlägen, wie die Konsumenten und ihre Daten besser geschützt werden können.

Abschließend macht die Bereichsleiterin auf die Unterlage zu einer Pressekonferenz über Gruppenklagen aufmerksam. Die Anlegerskandale der vergangenen Jahre sowie aktuell VW-Dieselgate zeigten, dass es derzeit für Massenverfahren in Österreich kein ausreichendes Verfahren in der Zivilprozessordnung gibt, Ansprüche von manchmal tausenden Geschädigten zu bündeln und prozessökonomisch abzuarbeiten. Vielen KonsumentInnen bleibt zudem der Zugang zum Recht verwehrt, weil sie das Kostenrisiko, das mit einer Prozessführung verbunden ist, nicht tragen können.

Diese Nachteile sollen nach Ansicht der AK durch die Einführung einer Gruppenklage und eines Musterverfahrens vermieden werden.

Aschauer-Nagl wird auf Nachfrage von **Brandtner** verifizieren, ob es - wie in der Unterlage angeführt - erst für 2025 eine 15-min-Takt-Verbindung der S80 geplant ist. Nachdem **Paiha** auf Haltestellenschließungen im Zuge der Sanierung der S80 aufmerksam macht, betont die Bereichsleiterin, dass sich die AK Wien nicht nur gegen Stationsschließungen ausgesprochen hat, sondern sich auch für eine Reaktivierung der Station Hausfeldstraße als S-Bahn-Haltestelle eingesetzt hat. **Kaske** bedankt sich bei **Rösch** für den Hinweis in Zukunft auch das Problem der Bitcoins in die konsumentenpolitische Betrachtung mit einzubeziehen. Die AK wird sich der Causa annehmen.

➔ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.5 Information - Bröthaler

Bröthaler informiert einleitend über die Ehrung von ArbeitsjubilarInnen im Theater Akzent am 20. u. 21. September 2017. An beiden Tagen haben über 600 Personen teilgenommen. Das gesamte Angebot wurde sehr positiv aufgenommen. AK Vizepräsidentin Renate Blauensteiner nutzte die Gelegenheit vor und nach dem Kabarett-Abend mit den BesucherInnen in Kontakt zu treten.

Der Bereichsleiter geht anschließend auf die Probleme bei der Bewältigung von Krisen im Betrieb ein, denn diese gehören zu den größten Herausforderungen für Betriebsratskörperschaften und Gewerkschaften. Im Lehrgang Sozialakademie werden BetriebsrätInnen und GewerkschafterInnen auf solche kritischen Situationen vorbereitet und für derartige Krisen fit gemacht. In dem an alle Vorstandsmitglieder verteilten Buch "Der Betriebsrat in Aktion. Vom Lernen ins Tun - der SOZAK-Praxisfall" von Brigitte Daumen, Helga Hons, Markus Oberrauter und Georg Sever wurde versucht den Praxisfall, der im 65. Lehrgang bearbeitet wurde, so gut wie möglich abzubilden. Das Buch soll als Vorlage für Personen, die in der gewerkschaftlichen Bildung tätig sind, dienen. Durch die inhaltliche und strukturierte Darstellung des Falls ist es möglich, eigene Praxisfälle zu kreieren und somit mit KursteilnehmerInnen erwachsenorientiert zu arbeiten. Das Buch ist aber auch als Unterstützung für BetriebsrätInnen und GewerkschafterInnen vor Ort gedacht, in dem mögliche Lösungsstrategien für unterschiedliche Situationen aufgezeigt werden. Checklisten von ExpertInnen unterstützen dies. Am 3. Oktober 2017 wurde das Buch im Bildungszentrum der AK vor rund 90 anwesenden BetriebsrätInnen und GewerkschaftssekretärInnen präsentiert.

In weiterer Folge verweist **Bröthaler** auf die umfangreichen in seinem Bereich erstellten Bildungsangebote für ArbeitnehmervertreterInnen von VÖGB und AK, für Wiener Sicherheitsvertrauenspersonen (SVP) und von der ReferentInnen Akademie (REFAK) von AK und VÖGB. Erfreulich ist festzuhalten, dass die ReferentInnen-Akademie für den Österreichischen Staatspreis für Erwachsenenbildung 2017 nominiert wurde.

Abschließend informiert der Bereichsleiter über die am 14. September 2017 im Bildungszentrum der Arbeiterkammer Wien gemeinsam mit der Abteilung Sozialpolitik im Rahmen des AbsolventInnenprogramms stattgefundene Podiumsdiskussion mit ExpertInnen zum Thema Sozialstaat.

Auf Frage von **Rösch** nach der Aufteilung der Kurskosten zwischen AK und ÖGB berichtet **Bröthaler**, dass die AK die TrainerInnen und Räume zur Verfügung stellt.

➔ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.6 Soziales – Kundtner (entschuldigt)

Kaske entschuldigt die stellvertretende Direktorin und verweist auf die schriftlich vorliegenden Berichte aus dem Sozialbereich.

3.7 Wirtschaft – Kubitschek

Kubitschek berichtet einleitend, dass - wie bereits der Präsident erwähnt hat - das WIFO zum dritten Mal in Folge seine Wachstumsprognose deutlich erhöht hat. Diese liegt nun für 2017 und 2018 mit jeweils 2,8 Prozent um 1,3 bzw. 1,4 Prozentpunkte über der März-Prognose. Das kräftige Wachstum hat auch eine Trendwende am Arbeitsmarkt bewirkt – die Arbeitslosenrate sinkt heuer trotz anhaltenden Zustroms auf 5,6 und 2018 auf 5,4 Prozent. Auch das Budget wird durch den kräftigen Aufschwung weiter entlastet. Die Inflationsrate bleibt im EU-Vergleich weiterhin hoch. Die österreichische Wirtschaft wird 2017 und 2018 das höchste Wachstum seit sechs Jahren verzeichnen. 2016 profitierte die österreichische Wirtschaft noch primär von binnenwirtschaftlichen Nachfrageimpulsen. Die Steuerreform kurbelte den privaten Konsum an, und die Investitionen lebten nach einer Schwächephase wieder auf. Anfang 2017 begann die Außenwirtschaft verstärkt von der Dynamik der Weltwirtschaft und von ihrer hohen Wettbewerbsfähigkeit zu profitieren.

Nachdem die Debatte über Mindestlöhne kontrovers geführt wird, wurde von der AK Wien eine quantitative Studie bei dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) in Auftrag gegeben. Die WIFO-Studie untersuchte die Effekte der Einführung flächendeckender Mindestlöhne in Österreich von 1.500 Euro, beziehungsweise 1.700 Euro auf Einkommen, Verteilung und auf die wirtschaftliche Entwicklung. Die Ergebnisse zeigen klar: Die Anhebung der niedrigsten Löhne wird bei den Betroffenen, die künftig mehr bezahlt bekommen, ihre gesamten Einkommen zum Teil merklich erhöhen. Somit steigt auch der Konsum im untersten Einkommensdrittel.

Bedauerlicher Weise gibt es - wie die stellvertretende Direktorin ausführt - zu den Vermögen österreichischer Haushalte lediglich Informationen aus freiwilligen Erhebungen der Österreichischen Nationalbank (OeNB). Die Konzentration der Vermögen in Österreich ist schon in den Rohdaten der OeNB sehr hoch. Das reichste 1 % besitzt etwa 25 % aller Vermögen. Das ist selbst im europäischen Vergleich einer der höchsten Werte. Unter den rund 3.000 befragten Haushalten findet sich aber kein einziger Superreicher, die Vermögenskonzentration ist also in Realität noch viel höher als in den Rohdaten. Eine neue Studie der JKU schätzt nun dieses verborgene Vermögen, der nicht im Datensatz repräsentierten Reichen hinzu. Daraus ergibt sich, dass das gesamte Vermögen österreichischer Haushalte gegenüber den Rohdaten von rund 1.000 auf 1.320 Mrd. Euro wächst. Im reichsten 1 % hat jeder Haushalt im Durchschnitt 14 Mio. Euro, im Vergleich dazu haben 50 % der Haushalte weniger als 85.000 Euro Gesamtvermögen. Das reichste 1 % besitzt 41 % des gesamten Vermögens. Sie haben somit mehr als die „ärmeren" 90 % der Bevölkerung zusammen (die haben nämlich nur 34 %)! Somit führt - wie die AK erneut feststellt - kein Weg an einer Erbschaftssteuer vorbei. Darüber hinaus müssen auch alle Steuerschlupflöcher für die Superreichen gestopft und Steueroasen trockengelegt werden. Weiters wäre ein politischer Beschluss notwendig, dass es in Zukunft eine verpflichtende Teilnahme an einer Vermögenserhebung gibt. Weiters bespricht die stellvertretende Direktorin die an alle Vorstandsmitglieder zugegangene Unterlage über Vermögen nach Geschlecht.

Abschließend informiert **Kubitschek** über die Pläne in Südkorea Arbeiterkammern einzuführen.

Bezugnehmend auf die Unterlage über Vermögen nach Geschlecht entwickelte sich auf die Frage von **Rösch,** was nun diesbezüglich zu tun sei, ein reger Meinungsaustausch an dem sich neben **Rösch** auch **Paiha**, **Brandtner** und **Anderl** beteiligen. **Kubitschek** stellt fest, dass auf Makroebene eine strukturelle Änderung des Steuersystems und entsprechende Vermögenssteuern anzustreben sind.

➔ **Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.**

4 Allfälliges

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt **Kaske** die Sitzung um 13:58 Uhr.

Der Präsident

Der Direktor

Protokoll